Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/220 –**

Arbeitsergebnisse der Abteilung Heimat im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nach Ablauf der der 19. Legislaturperiode

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD der 19. Legislaturperiode wurde die Erweiterung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) um die Bereiche Bau und Heimat beschlossen und mit dem Organisationserlass der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 14. März 2018 umgesetzt (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>, S. 175, https://www.gesetze-im-internet.de/bkorgel_2018/BJNR037400018.html). Die Abteilung Heimat (H) ist laut Webseite des BMI „verantwortlich für die Gestaltung der Heimatpolitik der Bundesregierung“ (<https://www.bmi.bund.de/DE/ministerium/das-bmi/abteilungen-und-aufgaben/abteilungen-und-aufgaben-node.html>). Darunter falle es, „auf der Grundlage eines modernen, zukunftsgerichteten Heimatverständnisses den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Räumen im Bundesgebiet zu schaffen.“ Laut Medienberichten war es dabei ein Ziel der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, 15 200 Arbeitsstellen in strukturschwache Regionen auszulagern (<https://www.tagesschau.de/inland/seehofer-heimatministerium-103.html>).

Auf Seite 4 des Koalitionsvertrags erklärten CDU, CSU und SPD zu Beginn der Legislaturperiode: „Den sozialen Zusammenhalt in unserem Land wollen wir stärken und die entstandenen Spaltungen überwinden“ (ebd.). Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer betonte in seiner Festrede zum Tag der Heimat am 25. August 2018, die Abteilung Heimat wolle sich dieser Aufgabe annehmen (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/reden/DE/2018/08/tag-der-heimat.html>). In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/3559 ordnete die Bundesregierung außerdem „die Achtung und Wertschätzung der hier tradierten Lebensweise“ als „unverrückbaren Wert“ ein.

Eine im Juni 2021 vorgestellte Studie der Universität Münster konnte jüngst eine eindeutige identitätspolitische Spaltung europäischer Gesellschaften empirisch nachweisen (https://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2021/PM_Umfrage_Identitaetskonflikte.html). Auch in Deutschland identifizierten die Wissenschaftler bei Identitätsfragen „zwei ausgeprägte Gruppen

mit entgegengesetzten Positionen“, die sie als „Verteidiger“ und „Entdecker“ bezeichnen (ebd.).

1. Wie viele gesetzgeberische Initiativen hat die Abteilung Heimat des BMI in der 19. Legislaturperiode eingebracht?

Die Abteilung Heimat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat in der 19. Legislaturperiode seit ihrer Gründung im Mai 2018 einen Gesetzentwurf eingebracht (Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden), der verabschiedet und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde.

2. An wie vielen gesetzgeberischen Initiativen war die Abteilung Heimat in der 19. Legislaturperiode unmittelbar beteiligt?

Die Abteilung Heimat war im genannten Zeitraum an 33 gesetzgeberischen Initiativen beteiligt.

3. In welcher Gesamthöhe wurden finanzielle Mittel durch Förderprogramme und andere Maßnahmen durch die Abteilung H in der 19. Legislaturperiode eingesetzt?

Seit Gründung der Abteilung Heimat im Mai 2018 bis zum Ende der 19. Legislaturperiode im Oktober 2021 wurden durch die Abteilung Heimat Haushaltsmittel in Höhe von 529.309.480 Euro verausgabt.

4. Wie viele Planstellen umfasst die Abteilung H im BMI mit Stand 23. November 2021?

Mit Stand 23. November 2021 umfasste die Abteilung Heimat 150,5 Stellen.

5. Was versteht die Bundesregierung unter „traditionellen Handlungsfeldern der Zusammenhaltspolitik“ (Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 19/229, S. 29349)?

Die traditionellen Handlungsfelder der Zusammenhaltspolitik umfassen alle Politikbereiche, die sich mit der aktiven Gestaltung des sozialen Zusammenlebens auf verschiedenen Ebenen beschäftigen. Sie zielen zum einen darauf ab, die Qualität des Miteinanders der Menschen untereinander zu verbessern. Zum anderen zielt Zusammenhaltspolitik darauf, die Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen, in dem sie leben, sowie das Vertrauen in gesellschaftliche und staatliche Institutionen zu erhöhen. Schließlich gilt es, die Gemeinwohlorientierung der Menschen in Form von Hilfsbereitschaft und Anerkennung sozialer Regeln zu stärken und die sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen auszubauen.

Die Vielfalt an Lebensstilen, Kulturen und Religionen erfordert daher eine sozial ausgewogene Integrationspolitik, ein klares Bekenntnis zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, eine Haltung des Respekts und der Hilfsbereitschaft gegenüber anderen. Die Aufgabe der gesellschaftlichen Zusammenhaltspolitik ist es, auf wechselseitige Anerkennung, Gerechtigkeits- und Teilhabeforderungen zu achten, sie ernst zu nehmen und den Einzelnen die Möglichkeit zur Identifikation zu erleichtern.

6. Wie bewertet die Bundesregierung den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach Ablauf im Vergleich zum Beginn der 19. Legislaturperiode?

Als das BMI in der 19. Legislaturperiode politisch um das Querschnittsthema „Heimat“ erweitert wurde, konnte die Bundesregierung zwar bundesweit von einem stabilen, aber partiell doch gefährdeten Zusammenhalt in Deutschland ausgehen (vgl. dazu beispielhaft: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, hrsg. v. Bertelsmann Stiftung).

Insbesondere die sichtbaren Unterschiede zwischen prosperierenden und strukturschwachen Regionen drohten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Daher hat die Bundesregierung auf Vorschlag des BMI einen neuen Ansatz gewählt und die strukturpolitischen Prozesse und Fragestellungen mit den sozialpolitischen verzahnt. Die Anerkennung von regionaler und kultureller Vielfalt als Grundlage des Wohlstands in Deutschland wurde mit dem Ziel verknüpft, regionale Disparitäten zu beseitigen. Faire Teilhabechancen, Vorschläge für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort wurden als Bestandteile des gesellschaftlichen Zusammenhalts integriert und hierbei alle Aspekte der Daseinsvorsorge genauso wie gezielte Strukturverstärkungen in den Ländern und Kommunen mit einbezogen. Bestehende Ungleichgewichte und wirtschaftliche wie kulturelle Unterschiede wurden in einer Bestandsaufnahme zunächst sichtbar gemacht (vgl. den sogenannten Deutschlandatlas, der im Jahr 2019 gemeinsam vom BMI, dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erstellt wurde). Um der Gefahr, dass sich erkannte Ungleichgewichte verfestigen oder zunehmen können, entgegenzutreten, hat die Bundesregierung die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt und hieraus zahlreiche Schlussfolgerungen gezogen sowie konkrete Maßnahmen beschlossen (zur Zwischenbilanz der 19. Legislaturperiode siehe „Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse“, herausgegeben vom BMI, dem BMEL und dem BMFSFJ im März 2021).

Flankierend zu den Analysen und der ressortübergreifenden staatlichen, aktiven Strukturpolitik hat das BMI als einen Indikator eines gelungenen Zusammenlebens die Heimatverbundenheit der in Deutschland lebenden Menschen erfassen lassen und damit wichtige Erkenntnisse für die Zusammenhaltspolitik ermöglicht. Aufschlussreich war insbesondere, dass nicht nur die Bevölkerungsdichte und die Wirtschaftsstruktur als Bestimmungsfaktoren für die Verbundenheit zur Heimat ausgemacht werden konnten. Erkannt wurde auch, dass ein hoher Grad an Zustimmung zur Demokratie als Staatsform das Heimatgefühl positiv beeinflusst. Die politische These, dass Heimatverbundenheit stärkend auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wirkt, konnte so belegt werden (siehe hierzu die Studie von Prof. Klaus Boehnke, Regina Arant, Georgi Dragolov und Caroline Schnelle von der Jacobs Universität Bremen: „Heimatverbundenheit: ein neuer Sozialindikator für gelungene Integration?“).

Insgesamt betrachtet hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland im Zeitraum der 19. Legislaturperiode weitgehend robust erwiesen. Doch die mittlerweile fast zwei Jahre andauernde Corona-Pandemie stellt für den Zusammenhalt eine besondere Zäsur dar: Zwar blieb das Vertrauen in den Zusammenhalt in Deutschland auch im Jahr 2021 insgesamt relativ hoch (Bertelsmann Stiftung, 2021, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie). Allerdings ist die hohe Gesamtstabilität der Gesellschaft in Deutschland begleitet vom schwindenden Vertrauen der sozio-ökonomisch schwächsten Gesellschaftsgruppen. Insbesondere Armut und geringe Teilhabechancen senken den sozialen Zusammenhalt dauerhaft.

Die neue Bundesregierung hat es sich daher zum Ziel gemacht, dieser Gefahr mit einem Bündel von Maßnahmen entgegenzutreten. Im politischen Fokus steht unter anderem, den demokratiegefährdenden Entwicklungen in Teilen der Gesellschaft und deren Misstrauen gegenüber Staat, Wissenschaft und Medien, die sich in den Protesten gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zunehmend radikalisiert und zur gesellschaftlichen Verunsicherung beitragen haben, auf allen politischen Handlungsfeldern, repressiv wie präventiv, wirksam entgegenzutreten.

7. Welche konkreten Maßnahmen hat die Abteilung Heimat zur Achtung und Wertschätzung der „hier tradierten Lebensweisen“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) in der 19. Legislaturperiode durchgeführt?

Wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/3559 erläutert, zählen nicht nur die Grundrechte, sondern auch die tradierten Lebensweisen zu den unverrückbaren Werten, die für den Kernbereich des Zusammenlebens normativ verbindlich sind: Gemeint sind damit solche tradierten Lebensweisen, die das gewachsene soziale Miteinander erfahrungsgemäß verbessern, die Verbundenheit, Vertrauen und Identifikation innerhalb der Gesellschaft oder einer Gemeinschaft fördern und somit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland beitragen.

In der Abteilung Heimat des BMI wurde eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die sich dem Schutz der tradierten Lebensweise in Deutschland widmen: Angefangen bei der Wertevermittlung der liberalen Demokratie, der Pflege des Dialogs und Verständigung mit den Religionsgemeinschaften über die Gestaltung von Integrationskursen für Zuwanderer bis hin zur Förderung der regionalen und kulturellen Identität, sowie der Förderung nationaler Minderheiten in Deutschland und der Bekämpfung von Antisemitismus und Antiziganismus.

Als Beispiele seien folgende Maßnahmen aus den verschiedenen Handlungsfeldern zusammenfassend genannt:

Bereich Wertevermittlung, Stärkung des Demokratieverständnisses

Der hinter den Normen des Grundgesetzes liegende Wertekanon wurde beispielsweise mit dem Projekt „Die Verfassungsschüler“ vermittelt. In diesem vom BMI überjährig geförderten Projekt, über dessen Fortsetzung und Ausbau in der 19. Legislaturperiode entschieden wurde, werden junge Menschen mit den Werten der Demokratie und ihren Spielregeln vertraut gemacht und in ein politisches oder zivilgesellschaftliches Engagement begleitet.

Wertevermittlung im Bereich Integration

Die frühzeitige Sprach- und Wertevermittlung ist besonders wichtig für eine erfolgreiche Integration. Folglich wurden die Integrationskurse aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs zusammengesetzt. Den Teilnehmenden werden im Orientierungskurs insbesondere folgende Bereiche nahegebracht: die deutsche Rechtsordnung, Geschichte und Kultur; Rechte und Pflichten in Deutschland; Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft; Werte, die in Deutschland wichtig sind, zum Beispiel Religionsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Außerdem ist die Wertevermittlung Teil des Rahmencurriculums des Sprachkurses.

In der 19. Legislaturperiode wurden zudem die sog. Wegweiser- und Erstorientierungskurse ausgebaut. Im Wegweiserkurs werden grundlegende Werte und wichtige Informationen über die Kultur und das Zusammenleben in Deutsch-

land durch sog. Kulturmittler in der jeweiligen Herkunftssprache vermittelt. Im Erstorientierungskurs werden den Teilnehmenden die zentralen Werte für das Zusammenleben in Deutschland im verpflichtenden Modul „Werte und Zusammenleben“ vermittelt.

Bereich Kirchen, Jüdisches Leben

Die Abteilung Heimat stand mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften auch in der 19. Legislaturperiode in kontinuierlichem Dialog. Das BMI förderte zudem die jährlich im Wechsel stattfindenden Kirchen- und Katholikentage. Die Träger der Kirchen- und Katholikentage sind die Laienbewegungen „Deutscher Evangelischer Kirchentag“ und das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“. Die Kirchen- und Katholikentage boten und bieten ein Forum für Begegnungen, für Diskussionen und zur Willensbildung zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Themen und Fragestellungen.

Das BMI förderte in der 19. Legislaturperiode auf vielfältige Weise die Stärkung jüdischen Lebens und seine Sichtbarmachung als einen festen Bestandteil der Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland. Gefördert wurden zahlreiche Organisationen und Initiativen, die unterschiedliche Strömungen und Stimmen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft repräsentieren. Dazu gehören zum Beispiel der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Union Progressiver Juden, die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und das Abraham Geiger Kolleg in Potsdam. Unterstützt werden auch Bauvorhaben, u. a. die Errichtung der Jüdischen Akademie in Frankfurt a.M. Einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarmachung jüdischen Lebens leistet das BMI: Mit der Förderung des aktuellen Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wurde in der 19. Legislaturperiode begonnen. Das Festjahr verdeutlicht nicht nur die lange Geschichte der jüdischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, sondern auch die Vielfalt und Lebendigkeit heutigen jüdischen Lebens.

Bereich Bekämpfung von Antisemitismus

Der Beitrag von Jüdinnen und Juden beispielsweise zur Wissenschaft, zur Kultur und zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, der durch den Nationalsozialismus getilgt werden sollte, gibt im Besonderen Veranlassung, jüdisches Leben willkommen zu heißen und Antisemitismus zu ächten. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland unterstützt und im Kampf gegen Antisemitismus durch die Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus wichtige Beiträge geleistet, jüdisches Leben als festen Bestandteil des tradierten Lebens in Deutschland zu stärken und sichtbarer zu machen.

Bereich Muslimisches Leben

Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) ist das langjährig bestehende, bewährte Forum für den Dialog des Staates mit Muslimen und ihren Vertretungen in Deutschland. Ziel und Gegenstand dieses Dialogs war es auch in der 19. Legislaturperiode u. a., dass sich Muslime und islamische Gemeinschaften besser in das institutionelle Gefüge Deutschlands einfinden, unabhängiger von ausländischen Einflüssen werden und sich nachhaltig mit den Werten des Grundgesetzes identifizieren.

Neben Maßnahmen, Initiativen und Förderungen im Bereich der Imamausbildung, des innermuslimischen Dialogs, der besseren Integration von Moscheegemeinden und der Prävention von Antisemitismus unter Muslimen umfasste die DIK auch die Unterstützung und Begleitung des „Unabhängigen Expertisenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM)“ als Beitrag zum Kampf gegen diese Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Bereich Nationale Minderheiten

Bei den im BMI eingerichteten fünf Beratenden Ausschüssen für Fragen der vier nationalen Minderheiten in Deutschland und der Regionalsprache Niederdeutsch haben die Verbände der nationalen Minderheiten und der niederdeutschen Sprechergruppe die Möglichkeit erhalten, ihre spezifischen Belange mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Bundesministerien, der Landesregierungen derjenigen Länder, in denen die Minderheit beziehungsweise die Sprechergruppe traditionell ansässig ist, und der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen zu erörtern. Im Rahmen der kontinuierlichen Förderung der nationalen Minderheiten und der niederdeutschen Sprechergruppe erfolgte zuletzt etwa auch die Förderung der Konzeption und Erstellung einer Wanderausstellung über die nationalen Minderheiten in Deutschland und die Regionalsprache Niederdeutsch, die ab dem Jahr 2022 an unterschiedlichen Orten in Deutschland öffentlich gezeigt werden soll.

Bereich Aussiedlerpolitik und Vertriebene

Die Wertegebundenheit der Heimatpolitik manifestiert sich in der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik. Ungeachtet der schweren Pandemiebedingungen erfolgt die Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihre Eingliederung in die hier tradierten Lebensweisen.

Die Stärkung des Geschichtsbewusstseins für die historische Vertreibung der Deutschen im Zuge des Zweiten Weltkriegs und die Schaffung von gesellschaftlicher Sensibilität für die Gegenwartsphänomene Flucht und Vertreibung haben bei den jährlichen nationalen Gedenktagen für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Mittelpunkt gestanden. Die seit Jahrzehnten bestehende institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen als zentrale Opfervereinigung sowie die Fortführung des Aufgabenbereiches „Schicksalsklärung Zweiter Weltkrieg“ des insgesamt institutionell geförderten Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes waren und sind sichtbare Zeichen des Bekenntnisses zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung. Die seit mehr als zwanzig Jahren bestehende Unterstützung verständigungspolitischer Maßnahmen der Heimatvertriebenen gehören zum europäischen Gesamtkontext der Versöhnung mit unseren Nachbarn und Partnern.

Bereich regionale und kulturelle Identität

Die institutionelle Förderung des Bundes für Heimat und Umwelt (BHU), der über die Landesverbände Vertreter der Heimatvereine in Deutschland ist, zählt zu den Maßnahmen der Heimatabteilung, die zur Erhöhung von regionaler und kultureller Identität in der 19. Legislaturperiode beitragen haben. Das Heimatverständnis des BHU ist getragen von den Prinzipien, Bewährtes zu erhalten, Neues zu entwickeln, Partizipation zu ermöglichen und Integration anzubieten.

8. Was versteht die Bundesregierung unter dem für das Referat H II 6 im BMI namensgebenden Begriff „regionale und kulturelle Identität“ (mit Beispielen)?

Regionale Identität geht davon aus, dass jede Region Besonderheiten besitzt, die für sie prägend sind und sie von anderen Regionen unterscheiden. Das betrifft nicht nur materiell fassbare oder geographische Eigenschaften, sondern auch immaterielle, kulturelle Werte wie zum Beispiel Dialekte oder kulinarische Eigenheiten, Geschichten, Sagen oder Bräuche.

Regionale Identität ist zwar ohne kulturelle Identität denkbar, wenn sie ausschließlich in geographischen Kategorien, wie bspw. der Beschaffenheit des Bodens, des Klimas oder der Tier- und Pflanzenwelt gedacht wird. Sobald der

Mensch gestaltend auf diese Region einwirkt, sie also kultiviert, ist regionale Identität untrennbar mit kultureller Identität verbunden.

Das Bewusstsein einer regionalen Identität kann den sozialen Zusammenhalt der Menschen in der Region fördern. Es ist oft die Basis dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihres Lebensraumes beteiligen, z. B. durch die Mitwirkung in Vereinen, in politischen Parteien oder Bürgerinitiativen. Menschen, die sich „ihrer“ Region zugehörig fühlen, sind daher eher bereit, diese – auch im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse – weiter zu entwickeln. Gleichzeitig werden Abwanderungstendenzen gehemmt und Zu- und Rückwanderung gefördert.

Regionale und kulturelle Identität führt nach Auffassung der Bundesregierung nicht zu ängstlicher Abschottung vor fremden Einflüssen, sondern bewirkt sozialen Zusammenhalt, Loyalitäts- und Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung und Offenheit für neue gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Integration.

9. Welche konkreten Maßnahmen, Förderprogramme o. Ä. wurden im Bereich „regionale und kulturelle Identität“ durch die Abteilung H II 6 des BMI in der 19. Legislaturperiode durchgeführt?

Folgende Maßnahmen und Förderungen wurden im Rahmen der Heimatpolitik der Bundesregierung im Referat H II 6 (keine Abteilung, wie in der Frage dargestellt) umgesetzt:

- Organisation und Durchführung der Treffen des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat mit Vertretern verschiedener Regionen im Rahmen seiner Deutschlandreise
- Organisation und Durchführung der Treffen des zuständigen Staatssekretärs mit Vertretern verschiedener Regionen im Rahmen der Deutschlandreise
- Vorbereitung, Umsetzung und Begleitung der institutionellen Förderung des BHU
- Förderung der Regionalbuchtage des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V.
- Förderung des Veranstaltungsformats „Kennen Sie Deutschland?“ (Heimatquiz) des Vereins Bürger Europas e. V.
- Initiierung, Ausschreibung und Umsetzung des Projekts „Wissensverbund regionale Kultur“ (WrK) im Rahmen des BMI-Programms „Region gestalten“ (BULE)
- Initiierung, Ausschreibung und Umsetzung des Projekts „Digitale Kulturbühne“ im Rahmen des BMI-Programms „Region gestalten“ (BULE).

10. Gibt es aus Sicht der Bundesregierung eine deutsche Leitkultur oder überhaupt eine deutsche Kultur, und wenn ja, was macht sie aus?

Die Debatte um den Begriff „deutsche Leitkultur“ hatte ihren Ursprung in den späten 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Ihr lag ein nach heutigem Verständnis als überholt geltender Integrationsbegriff zugrunde, der Assimilation von Zuwanderern als Königsweg der Integration betrachtete. Seit mehr als zehn Jahren ist an seine Stelle der Begriff der Sozialintegration getreten, als dessen Schlüssel vor allem die deutsche Sprache, kulturelle und normative Aspekte des Zusammenlebens und die Teilhabe am Bildungssystem und Arbeitsmarkt Deutschlands gelten. Die Integrationskurse tragen diesem

Begriffsverständnis Rechnung (genauerer dazu in der Antwort zu Frage 7. Punkt 2).

Die deutsche Kultur hat sich seit dem Mittelalter über die Jahrhunderte vor allem anhand der gemeinsamen Sprache – aber auch anhand von Literatur, Musik, Kunst und Wissenschaft entwickelt. Sie ist einem fortlaufenden Wandel unterzogen. Ein Primat gegenüber anderen Kulturen, wie der Begriff „Leitkultur“ suggeriert, ist ihr nicht immanent.

11. Wie viele Arbeitsstellen wurden nach Ablauf der 19. Legislaturperiode durch Maßnahmen des BMI in strukturschwache Regionen ausgelagert (Stand: 23. November 2021)?

Zwischen dem 26. Oktober 2021 (Ablauf der 19. Legislaturperiode) und dem 23. November 2021 wurden durch Maßnahmen des BMI keine Arbeitsstellen in strukturschwache Regionen ausgelagert. Die Maßnahmen der Bundesregierung dienen der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Stellenaufbau in bestehenden und die Ansiedlung von neuen Bundesbehörden und -einrichtungen. Die Auslagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ist nicht das Ziel der Bundesregierung. Seit Januar 2019 sind durch den Bund – nach derzeitigem Planungsstand – rund 16.800 neue Arbeitsplätze in Behörden und Einrichtungen des Bundes in strukturschwachen Regionen vorgesehen.